



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 06 / 2015

- blz 1.2.15 ; Praxistaugliches Wissen vs. falsche Ziele: Der Lehrplan 21 in der Debatte
- Tagblatt, 02.02. 2015, «Manches ist nicht richtig ausgereift»
- Neue Luzerner Zeitung 02.02.15; Kanton stimmt über Abschaffung des Frühfranzösisch ab
- az Aargauer Zeitung, 5.2.15 Was ist nötig, damit der Übergang von der Schule in die Lehre klappt?
- Bieler Tagblatt 5.2.15 «Die Sekübertritte nicht verpolitisieren»
- Kantonsrat St.Gallen 51.14.58
- Bz Basel; 6.2.15 «Die Lehrer haben bei der Umsetzung gesehen, dass es da und dort hapert»
- Blick 06.02.15: Teure Erziehungsdirektion Kanton Bern verpulvert 700 Millionen
- OBERSEE NACHRICHTEN, 5. Februar 2015 „Die Bürger müssen doch mitreden dürfen“
- Tagblatt, 7. Februar 2015, Regierung lehnt späteren Schulstart ab

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank

Jetzt unterschreiben:

<http://starke-schule-sg.ch/wp-content/uploads/Sammelbogen-Harmosausstieg-definitiv-A5.pdf>



Reformitis
ohne
Qualitätsziele

Ja zum Austritt Harmos!

Sekretariat Starke Volksschule SG | Bahnstr. 19 | 9422 Staad
Tel: 071 565 18 85 | sekretariat@starkevolksschulesg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

biz 1.2.15; **Praxistaugliches Wissen vs. falsche Ziele: Der Lehrplan 21 in der Debatte**

Der Lehrplan 21 ist umstritten wie eh und je. Das liegt wohl auch an den bevorstehenden Regierungswahlen, bei denen es die frei werdende Bildungsdirektion zu besetzen gilt.



Anita Biedert-Vogt, Landratskandidatin SVP Muttenz: «Diese Kröte werden wir wir diesmal nicht schlucken»

Gegen neue Lehrpläne ist grundsätzlich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, diese sind substantiell besser und zielen auf eine noch bessere Bildung ab. Mit Blick auf den Lehrplan 21 ist dies jedoch zu bezweifeln. Der Kern des kaum zu überblickenden Umfangs des LP 21 ist die Reflexion des Unterrichtsstoffs und nicht der Erwerb von Wissen. Wer vermag, mit Verlaub, ohne Wissen zu reflektieren? Der LP 21 muss kritisch hinterfragt werden – insbesondere auch aufgrund dessen, dass die sogenannten Sammelfächer zu einem eindeutigen Wissens- und Niveauabbau führen. Dem Wissen wird eine Randstellung eingeräumt, die Kompetenzen hingegen werden hochstilisiert zu einem Überthema. Abgesehen davon sei am Rande bemerkt, dass gute Lehrpersonen auch bis anhin stets kompetenzorientiert unterrichtet haben. Die Schule hat aber den Auftrag, in erster Linie Wissen zu vermitteln, die Schülerinnen und Schüler intellektuell zu fördern. Mit der Bildung darf nicht fahrlässig umgegangen werden.

Ein ehrlicher Unterricht spiegelt stets den Wert der Leistung. Andernfalls verfallen die Schülerinnen und Schüler der Illusion, eine anspruchsvolle Berufsausbildung sei auch ohne entsprechende Leistung möglich.

Der Bildungsrat hat den Lehrplan 21 zur Einführung frei gegeben, der Bildungsdirektor hat bestimmt, dass dieser ab dem Schuljahr 2015/16 in der Primarschule, in der Sekundarschule I ab dem Schuljahr 2018/19 eingeführt werden muss. Regierungsrat U. Wüthrich übergeht damit einmal mehr mit Ignoranz die Tatsache, dass im Landrat noch parlamentarische Initiativen hängig sind. Weite Kreise – über die Parteigrenze der SVP hinweg – erachten den LP 21 als nicht akzeptabel.

Den immensen Kosten, die der LP 21 generiert, ist entgegenzutreten, auch deshalb gehört die Bildung in bürgerliche Hand. Dass Bildung etwas kosten darf, steht ausser



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Frage. Der Tendenz, mit Steuergeldern jedoch allzu grosszügig umzugehen, muss mit Vernunft und Übersicht Einhalt geboten werden. Die Qualität eines guten Unterrichts hängt nicht von der Quantität des Angebots ab, sondern von engagierten und belastbaren Lehrkräften.

Unsere Jugendlichen haben das Recht auf eine optimale Bildung – sprich: Sie sollen lesen, rechnen und systematisch denken lernen. Ein Schulunterricht, der sich an der Wirklichkeit misst und Leistungsbewusstsein fordert und fördert ist geradezu verpflichtend.

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/praxistaugliches-wissen-vs-falsche-ziele-der-lehrplan-21-in-der-debatte-128785540>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 2. Februar 2015, «Manches ist nicht richtig ausgereift»



Noch immer ein aufmerksamer Beobachter des Schweizer Bildungswesens – und ein Mann mit entschiedenen Meinungen: Rolf Dubs. (Bild: Benjamin Manser)

ST.GALLEN. Heute feiert Rolf Dubs seinen 80. Geburtstag. Noch immer verfolgt der ehemalige Professor für Wirtschaftspädagogik und HSG-Rektor die Schweizer Bildungspolitik genau. Im Gespräch äussert er sich unter anderem zum Lehrplan 21 und zur Kritik an den Mittelschulen.

ROLF APP

Herr Dubs, wir haben uns 1968 kennengelernt, Sie unterrichteten damals an der heutigen Kantonsschule am Burggraben in St. Gallen. Was prägt seither die Entwicklung unseres Bildungssystems am stärksten?

Rolf Dubs: Es ist unruhiger geworden durch die vielen Ansätze zu Reformen. In diesen Prozessen ist immer wieder der selbe Grundfehler gemacht worden: Man hat etwas beschlossen, aber weder die Lehrerinnen und Lehrer noch die Lehrbücher genügend vorbereitet.

Und warum war das ein Fehler?

Dubs: Aus der Forschung wissen wir seit langem, dass von oben kommende Reformen nichts bewirken. Sie müssen von unten her wachsen. Und weil das nicht geschieht, hat das Schweizer Bildungssystem zwar durchaus seine Stärken. Aber es ist geprägt von Unruhe – was man gut sieht in der Debatte um den Lehrplan 21: Manches an ihm ist nicht richtig ausgereift und wird von unten her zu wenig getragen.

Wie beurteilen Sie selber denn diesen im November letzten Jahres zur Einführung freigegebenen Lehrplan, der auch in seiner stark gestrafften Version immer noch 470 Seiten umfasst und als Unterrichtsziele 363 Kompetenzen auflistet?

Dubs: Ich stehe da zwischen den Fronten. Einerseits sehe ich, dass theoretisch orientierte Fachleute am Werk gewesen sind, die alles perfekt machen wollten – mit dem Ergebnis, dass der Lehrplan 21 sehr dick geworden ist. Andererseits aber unterstütze ich die Grundidee dieses Lehrplans: Dass die Schule Kompetenzen vermitteln soll. Wobei deren Grundvoraussetzung selbstverständlich das Wissen sein muss.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

In der Debatte werden aber Wissens- und Kompetenzziele oft gegeneinander ausgespielt.

Dubs: Da haben Sie Recht. Mir kommt der Zusammenhang beider zu wenig zum Ausdruck. Und es fehlt eine Definition dessen, was Kompetenzen sind. Deshalb verstehen manche Lehrer auch gar nicht, was sie nun anfangen sollen. Schliesslich fehlt mir auch eine bildungsphilosophische Grundlage. Sie wird generell sträflich vernachlässigt in der Bildungspolitik.

Warum erhitzen denn Bildungsfragen wie der Lehrplan 21 die Öffentlichkeit so sehr?

Dubs: Das hängt damit zusammen, dass jeder einmal selber zur Schule gegangen ist – und deshalb Bescheid zu wissen glaubt. Vieles wird in der Rückschau auch verklärt. So ignoriert man, was sich zum Positiven verändert hat. Ich sehe das ganz gut an meinen Enkelkindern: Der französische Subjonctif sitzt nicht mehr so gut, umgekehrt kann ich sie fragen, wenn ich am Computer ein Problem habe. Da wissen meine Primarschul-Enkelkinder dann Bescheid.

Sie haben die Lehrer erwähnt, denen in den Reformprozessen eine zentrale Stellung zukommt. Wie hat sich denn ihr Beruf verändert?

Dubs: Er ist ungeheuer anspruchsvoll geworden. Ich kann das selber beurteilen, weil ich noch immer hin und wieder Stellvertretung mache für meine Tochter, um den Kontakt zur Praxis nicht zu verlieren. Vor allem die Heterogenität der Klassen macht den Lehrerinnen und Lehrern zu schaffen. Deshalb wird die Überbeanspruchung gerade für die gewissenhaften Lehrpersonen in Zukunft zum grossen Problem werden.

Und wie könnte man Gegensteuer geben?

Dubs: Empfehlen könnte ich für die Lehrerbildung ein Modell, das ich in den USA an der Michigan State University selber mitverfolgt habe. Es nennt sich Coping und geht so: Lehrerinnen und Lehrer werden gezielt Stresssituationen ausgesetzt. Auf diese Weise lernen sie, wie man mit Stress umgeht. Ich kenne hierzulande keine einzige Pädagogische Hochschule, die so etwas systematisch praktiziert.

Nun haben Sie sich auch schon für die Berufslehre stark gemacht...

Dubs: Das tue ich immer noch.

...aber führen Sie da nicht einen Kampf gegen Windmühlen angesichts dessen, was der Philosoph Julian Nida-Rümelin als «Akademisierungswahn» kritisiert? Muss die Berufslehre gegenüber der höheren Bildung nicht zwangsläufig den Kürzeren ziehen?



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Dubs: Viele Eltern glauben, man habe mit einem Hochschulstudium die Karriere auf sicher und einen guten Lohn dazu. Hier sehe ich das Hauptproblem. Etwas Zweites kommt hinzu: Wenn man in solchen Berufen schlecht bezahlt wird, besteht auch kein Anreiz, sie erlernen zu wollen. Schliesslich: Lehrpersonen werden gern daraufhin beurteilt, wie viele Schüler sie an die Mittelschule bringen.

Muss sich auch an der Berufslehre selber etwas ändern?

Dubs: Das auch. Die heutige Konzeption baut noch zu sehr auf gewerblichen Vorstellungen auf und trägt der modernen Unternehmung zu wenig Rechnung. Man muss die Organisation betrieblicher, überbetrieblicher und schulischer Berufsbildung überdenken. Mir schwebt etwa vor, dass es im letzten Lehrjahr neben ein paar Pflichtfächern Blöcke gibt, die angeboten werden können von den Berufsverbänden oder von den Schulen. Lehrmeister und Lehrling wählen dann aus, was für sie wichtig ist.

Viele wollen an die Mittelschulen – denen der Vorwurf gemacht wird, sie bereiteten die Maturanden nicht mehr ausreichend auf die Universitäten vor. Trifft diese Kritik ins Schwarze?

Dubs: Da muss man aufpassen. Die Wissenschaft hat eine ganze Reihe von Untersuchungen angestellt zur Frage, ob Maturanden heute schlechter sind als früher. Klare Antwort: Es gibt dafür keinen Beleg.

Gerne erwähnt werden Mängel in der Beherrschung der deutschen Sprache. Und in der Mathematik. Wie steht's denn damit?

Dubs: In der Tat gibt es hier Defizite. Schweizer Studierende haben sich in der deutschen Sprache massiv verschlechtert. Auch kommen Teile von ihnen in der Mathematik nicht mehr mit.

Und was lässt sich tun?

Dubs: Gestatten Sie einen etwas altmodischen Gedanken, auf den Lehrer gern mit der Feststellung reagieren, ich sei halt alt geworden: Die Misere rührt nach meiner Meinung daher, dass in den Schulen nicht mehr genug geübt wird. Also müsste man wieder gute, systematische Übungen in die Schule bringen – ohne dass man aus ihr gleich eine Drillschule macht.

Wer die Matura hat, fängt vielleicht ein Hochschulstudium an. Und muss sich mit dem Bologna-Punktesystem herumschlagen. Ist das ein Fortschritt gegenüber früher?

Dubs: So edel die Absicht war, durch die 1999 beschlossene Bologna-Reform Flexibilität und Austauschmöglichkeiten unter den europäischen Hochschulen zu verbessern, so sehr hat die Regulierung in ihrem Gefolge extreme Ausmasse angenommen. Ausserdem hat sich der Austausch unter den Hochschulen nicht intensiviert. Etwas Zweites kommt hinzu. Oft nehmen jetzt



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Lehrpersonen Prüfungen ab, die dafür gar nicht ausgebildet sind. Untersuchungen zeigen aber, dass 60 bis 80 Prozent der Prüfungsaufgaben gar nicht den Bedingungen entsprechen.

Von 1969 bis 2000 haben Sie an der HSG Wirtschaftspädagogik gelehrt, von 1990 bis 1993 waren Sie deren Rektor. Wenn Sie damals mit heute vergleichen: Wie schneidet die HSG ab?

Dubs: Natürlich orte ich die eine oder andere Schwäche, bedingt durch die wachsende Zahl an Studierenden. Aber wenn ich die HSG vergleiche mit jenen deutschen Universitäten, an denen ich noch Lehraufträge wahrnehme – die Universität Halle und die Technische Universität Dresden –, dann herrschen an der HSG doch die wesentlich besseren Verhältnisse. Allerdings ist die Streuung unter den Dozierenden grösser geworden, auch punkto Einsatz für die Studierenden.

Worauf sollte denn die HSG bei der Auswahl der Dozierenden achten?

Dubs: Der Praxisbezug muss erhalten bleiben. Leider verstärken die vielen Evaluationen den Gegentrend, weil sie auf die Publikationen der Professoren abstellen. Deshalb haben auch all die Universitäts-Ranglisten ihre Problematik, weil eine ganzheitliche Betrachtungsweise verloren geht.

Kommen wir zu den Inhalten. Natürlich kann man Finanzkrisen und andere desaströse Erscheinungen in der Wirtschaft nicht unbedingt der Ausbildung wirtschaftlicher Führungskräfte anlasten. Trotzdem stellt sich die Frage, ob die HSG etwas vernachlässigt hat.

Dubs: Ja. In meinen jungen Zeiten dachte man rein ökonomisch, ich selber nicht ausgenommen. Seit Mitte der Achtzigerjahre aber ist die HSG unter anderem mit der Besetzung des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik umgeschwenkt. Was die Studierenden aber nicht immer mitgemacht haben. Ich erinnere mich, dass einmal ein Student in einer Vorlesung aufgestanden ist und gesagt hat: «Sie haben ja keine Ahnung von der Wirtschaft. Wenn Sie meinen Vater sehen würden, wie er als Inhaber einer mittelgrossen Unternehmung arbeiten muss – da kann doch nur der Gewinn im Vordergrund stehen.» Hinten im Saal sass ein Journalist – der ziemlich überrascht war.

Reich ist über all die Jahre Ihr Engagement im Ausland gewesen – in Ruanda, Tansania, Thailand, Vietnam und China. Was hat sich dadurch verändert?

Dubs: Ich habe unheimlich viel gelernt. Vor allem aber habe ich ein Gefühl bekommen für andere Länder und Kulturen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Manches-ist-nicht-richtig-ausgereift;art120094,4115072>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Neue Luzerner Zeitung 02.02.15: Kanton stimmt über Abschaffung des Frühfranzösisch ab



Themenbild Frühfranzösisch (Dominik Wunderli / Neue LZ)

STANS · Die Nidwaldner Stimmberechtigten entscheiden am 8. März, ob die Primarschüler neben Englisch weiterhin Französisch lernen sollen oder nicht. Beim Entscheid stehen nicht nur bildungspolitische Fragen, sondern auch staatspolitische Überlegungen eine Rolle.

Bei der Abstimmung geht es um eine Volksinitiative der SVP, die verlangt, dass in der sechs Jahre dauernden Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. Welche dies sein soll, lässt das Volksbegehren offen. Wegen den im Initiativtext genannten Terminen kommt nach Angaben des Regierungsrates indes nur ein Verzicht auf Französisch in Frage.

Nidwalden setzt seit 2007 im Fremdsprachenunterricht das Modell 3/5 um. Wie in der Mehrzahl der Zentral- und Ostschweizer Kantone, wird ab der 3. Klasse Englisch als erste Fremdsprache und ab der 5. Klasse Französisch als zweite Fremd- und Landessprache gelernt.

Die SVP kritisiert, dass mit diesem Modell die deutsche Sprache und die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in der Primarschule zu kurz kämen. Fremdsprachige Kinder würden gegenüber deutschsprachigen benachteiligt. Zudem hätten sich die hohen Erwartungen an den frühen Fremdsprachenunterricht nicht erfüllt.

Der Nidwaldner Regierungsrat folgte diesen Argumenten im letzten August und stimmte der Initiative zu, dies nur wenige Tage, nachdem der Grosse Rat von Thurgau sich für die Abschaffung des Frühfranzösisch ausgesprochen hatte. Gleichzeitig versuchte er klar zu machen, dass er das Fach Französisch nicht schwächen, sondern nur die Französischstunden auf die Oberstufe verschieben wolle.

Entscheid mit Sprengkraft

Trotz dieser Beschwichtigungen löste der Entscheid der Nidwaldner Regierung in der Romandie Befremden und eine Debatte über den nationalen Zusammenhalt aus. Der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz sprach ein Machtwort und erklärte, dass das Fremdsprachenmodell 3/5 durchgesetzt werde. Im Oktober sprach sich dann der Nidwaldner Landrat mit 37 zu 17 Stimmen gegen die Initiative aus.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Die Gegner der Initiative führen neben pädagogischen staatspolitische Argumente an. Nidwalden dürfe sich bildungspolitisch nicht isolieren, sondern müsse den Fremdsprachenunterricht mit den anderen Kantonen angehen. Die Initiative komme somit zum falschen Zeitpunkt.

Der Föderalismus lebt

Bei einem Ja wäre Nidwalden nicht der einzige Stand, in dem das Sprachenmodell 3/5 nicht angewendet wird. In Uri ist die zweite Landessprache (Italienisch) ab der 5. Klasse nur ein Wahlpflichtfach. Appenzell Innerrhodon unterrichtet Französisch erst ab der 7. Klasse und will dies trotz Lehrplan 21 beibehalten. Noch nicht umgesetzt ist das Standardmodell 3/5 zudem im Aargau, Thurgau will sich wieder aus diesem verabschieden.

Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse kennen wie bislang Nidwalden, Luzern, Schwyz, Obwalden, Zug, St. Gallen, Appenzell-Ausserrhoden, Schaffhausen und Glarus. In Zürich wird bereits ab der 2. Klasse Englisch unterrichtet.

In den beiden Basel und Solothurn sowie in den deutschsprachigen Teilen von Bern, Freiburg und Wallis beginnt der Französischunterricht in der 3. und der Englischunterricht in der 5. Klasse. In der Romandie wird zuerst Deutsch und dann Englisch unterrichtet. Im Tessin werden drei Fremdsprachen gelernt, eine eigene Lösung hat Graubünden mit seinen drei kantonalen Sprachen.

Von Beginn weg Opposition

Die schweizweite Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichtes stiess in der deutschsprachigen Schweiz von Beginn weg auch auf Widerstand. 2006 wurde in Schaffhausen, Thurgau, Zug und Zürich über Initiativen abgestimmt, die die Beschränkung auf eine Fremdsprache verlangten; sie wurden abgelehnt. In Luzern wurde eine gleichlautende Initiative 2007 zurückgezogen.

In Luzern ist erneut eine Fremdspracheninitiative hängig. Gleiches gilt für Graubünden. Dazu kommen Vorstösse in diversen Kantonen gegen den Deutschschweizer Lehrplan 21, mit denen teilweise auch das Fremdsprachenmodell 3/5 bekämpft wird

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/nw/nidwalden/Kanton-stimmt-ueber-Abschaffung-des-Fuehfranzoesisch-ab;art94,483038>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

az Aargauer Zeitung, 5.2.15 **Was ist nötig, damit der Übergang von der Schule in die Lehre klappt?**

Gewerbler und Lehrerschaft diskutieren, was nötig ist, um den Schülern einen guten Übergang von Schule zur Berufslehre zu ermöglichen. NPF

Nach den ersten Veranstaltungen im Rahmen von «Schule trifft Wirtschaft» im Jahr 2014 haben sich das Gewerbe der Region Frick-Laufenburg und diverse Lehrpersonen im Schulhaus der Oberstufe Frick getroffen. von Nadine Pfeifer

Das Zusammensitzen von Gewerbe und Lehrpersonen in Diskussionsgruppen hat zum Ziel, den Lernenden eine möglichst klare Vorstellung vom Übergang von Schule in Berufslehre bieten zu können.

Auch Regierungsrat und Vorsteher des Departements Bildung Alex Hürzeler sowie Kurt Schmid, Präsident des Aargauischen Gewerbeverbandes nahmen am Anlass teil. Alex Hürzeler betonte bei seiner Begrüssungsrede, wie wichtig es sei, den Jugendlichen bei diesem wichtigen Meilenstein unterstützend und motivierend beizustehen. Kurt Schmid sagt: «Sowohl für die Schüler als auch für die Wirtschaft ist es von grosser Wichtigkeit, dass Schüler möglichst direkt nach Abschluss der Volksschule in die Lehre einsteigen und nicht erst im Alter von 17 oder 18 Jahren.» Zur Berufsfindung existieren Programme, wie zum Beispiel «Lehrstelle jetzt Plus».

Erst wenn auch mithilfe dieser Unterstützung ein direkter Einstieg in eine Lehre nicht mehr realistisch ist, können sich die Schüler über die zentrale Anlaufstelle «Wegweiser» für eine Zwischenlösung anmelden. Auf dem Sorgenparameter des Gewerbeverbandes findet man aber trotz diverser Programme nach wie vor die Angst um den Nachwuchsmangel unter den ersten Rängen. Für einen geglückten Übergang in die Berufswelt und die richtige Berufswahl eines Jugendlichen ist auch die Unterstützung von Eltern, Lehrbetrieben und Lehrpersonen wichtig. Kurt Schmid: «Einen jungen Menschen in den falschen Beruf zu bringen bedeutet für alle Beteiligten einen enormen Schaden.»

Alex Hürzeler ging auch auf den neuen «Lehrplan 21» ein. 21 deutsch- und mehrsprachige Kantone der Schweiz wollen dabei einen harmonisierten Lehrplan verfolgen. Der Kanton Aargau will sich mit dessen Umsetzung Zeit lassen bis 2020.

Nicht verstandene Aufregung

Der Lehrplan soll an die Aargauer Voraussetzungen angepasst werden und das brauche seine Zeit, sagt Alex Hürzeler. Wie das bereits diesen Sommer umgesetzt werden sollte, wie es in Basel-Stadt der Fall sein wird, kann er nicht nachvollziehen. Die Aufregung um den «Lehrplan 21» versteht er jedoch auch nicht ganz. «Eine Überarbeitung der Lehrpläne wäre so oder so notwendig gewesen, weil die bisherigen langsam veraltet sind.» Der neue Lehrplan soll vor allem die Anwendung des Wissens vertiefen, einen Fokus auf Wirtschaft legen sowie Theorie und Praxis einander annähern. Das bedeute keinesfalls weniger Stoffwissen, es gehöre jedoch noch mehr in den Bildungsrucksack eines Jugendlichen, unter anderem auch methodische und soziale Kompetenzen. Der «Lehrplan 21» soll dabei als Kompass dienen damit sich die Schüler möglichst gute Voraussetzungen für ihre Lehrstellensuche aneignen können.

Ein gutes Fundament



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kurt Schmid betonte, dass es Dinge gibt, die man bis zur Unendlichkeit wiederholen müsse, um ein gutes Fundament zu bilden. «Dazu gehört zum Beispiel, zu wissen, wie man einen Brief aufsetzt.» Das gehört genauso zur Schulbildung wie ein ausreichendes Fachwissen. Gewerbeverband und Regierungsrat sind sich in diesen Aspekten einig und wissen die «hervorragende Zusammenarbeit» beide sehr zu schätzen.

Nach der Begrüssung trafen sich Lehrpersonen und Gewerbe-Leute in Klassenzimmern für Diskussionen zu Themen wie zum Beispiel «Wie holen wir die Eltern mit ins Boot», «Weiterführende Schule oder Berufsmatura» und «Umgang mit schulmüden Jugendlichen».

<http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/fricktal/was-ist-noetig-damit-der-uebergang-von-der-schule-in-die-lehre-klappt-128798699>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Bieler Tagblatt 5.2.15 «Die Sekübertritte nicht verpolitisieren»

Der bernische Erziehungsdirektor will Statistiken nicht zu viel Gewicht beimessen. Die Selektion sei veraltet. Bernhard Pulver kann sie mit der Einführung des Lehrplans 21 aber nicht abschaffen.



Bernhard Pulver, Bild: bt/a

Bernhard Pulver, sechs von zehn Primarschülern schaffen den Schritt in die Sekundarschule. Sind Sie zufrieden?

Bernhard Pulver: Grundsätzlich ja. Wir haben auf der Oberstufe eine Selektion in zwei Niveaus. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich denke, für die Qualität der Bildung ist nicht in erster Linie die Schulstruktur, sondern die Qualität des Unterrichts entscheidend. Der Prozentsatz macht Sinn. Wir streben aber keine fixen Quoten an.

Sie sagten, das Berner Übertrittsverfahren habe sich bewährt. Wenn das zutrifft, dann muss man auch die Quoten ernst nehmen. Das heisst: In Brugg ist das Leistungsniveau einfach schlechter als in Ipsach.

Ich bin überzeugt, dass die Lehrkräfte den Übertritt in die Sekundarschule sorgfältig und gewissenhaft vorbereiten. Ich finde das Berner Verfahren, das eben nicht nur auf einen Notendurchschnitt oder eine Prüfung setzt, sondern eine gesamthafte Beurteilung der Schüler beinhaltet, sehr positiv. In 96 Prozent der Fälle sind sich Eltern, Schüler und Lehrpersonen einig. Das ist ein gutes Ergebnis.

Noch einmal: In Brugg ist das Leistungsniveau der Schüler einfach schlechter als in Ipsach?

Wir müssen uns von der Illusion lösen, der Entscheid, ob Sek oder Real, hänge nur von der Leistung eines Schülers, einer Schülerin ab. Viele verschiedene Faktoren haben da einen Einfluss. So sind etwa die Rahmenbedingungen überall unterschiedlich. Je nach Region und je nach Schulweg ist auch das Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler nach Sek oder Real anders. Der Drang in die Sek hängt vom Bildungshintergrund der Eltern ab, von der Schulstruktur, insbesondere dem Oberstufenmodell. Es ist nicht so, dass alle Kinder unbedingt in die Sek wollen. Ein wichtiger Gradmesser wäre auch die Zufriedenheit der Lehrbetriebe in der Region Brugg. Wir müssten sie fragen, welche Erfahrungen sie mit den Lehrlingen aus der Realstufe machen.

Kantonsweit liegen die Quoten noch weiter auseinander als von 2009 bis 2011. Wo bleibt die Chancengleichheit?

So verstanden würde die Chancengleichheit erfordern, dass wir im 5. und 6. Schuljahr einheitliche Lernkontrollen für alle Schüler machen müssten und diese auch auf der Erziehungsdirektion einheitlich korrigieren und mit geeichten Noten versehen müssten. Ein solches Schulsystem wäre nicht wirklich gerechter. Ich vertraue in erster Linie auf die Professionalität und die Beziehungsfähigkeit der Lehrpersonen und auf die Tatsache, dass die Leute vor Ort das Beste für die Jungen aus ihrer Region



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

wollen. Da entstehen aber unvermeidbar Unterschiede. Schliesslich realisieren trotz aller Unterschiede 95 Prozent unserer Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II.

Sie sagen es: Das Übertrittsverfahren kennt keine kantonale Prüfung. Zwar gibt es neu Übertrittsprüfungen. Diese haben aber nichts an dem Quotengefälle geändert. Hat die Politik versagt?

Im Gegenteil. Die Tatsache, dass die Kontrollprüfung nichts am Quotengefälle geändert hat, bestätigt, dass die Sek-Übertritte gut gemacht werden. 98 Prozent der Lehrkräfte fällten beim Übertritt ihrer Schüler in die Sekundarstufe entweder einen einvernehmlichen Entscheid oder sie wurden durch das Prüfungsergebnis in ihrer Einschätzung bestätigt.

Aktuell wird auf Kantonsebene gefordert, die Selektion abzuschaffen. Ist das ein Szenario mit dem Lehrplan 21?

Eine Abschaffung wäre nicht mehrheitsfähig. Ich möchte der Berner Schule eine wenig fruchtbare ideologische Diskussion ersparen. Ich bin aber daran, die Frage der Selektionsfächer zu analysieren: Ist Deutsch, Mathematik und Französisch die richtige Auswahl?

Sie wollen das Ansehen der Realschule aufwerten. Gelingt das?

Schon lange bemühen wir uns um die Aufwertung der Realschule und haben einiges erreicht. Wie gesagt: 95 Prozent der 21-Jährigen realisieren einen Abschluss auf der Sekundarstufe II. Ein Abschluss, der gerade nach Berufslehren viele Weiterentwicklungsmöglichkeiten offen lässt. Es ist meines Erachtens ein falscher Mythos, dass die Realschule die berufliche Entwicklung einschränkt.

Ist die momentane politische Diskussion im Kanton Bern aus Ihrer Sicht denn noch zielführend?

Mir ist wichtig, dass die Jugendlichen glücklich sind und motiviert, etwas zu leisten und zu lernen. Seien es Real- oder Sekundarschüler. Dazu will ich Sorge tragen. Wenn wir nun die Sek-Übertritte verpolitisieren und mittels kantonale Tabellen, Vorgaben und Steuerungen eingreifen, dann greifen wir in die regionalen und kommunalen Systeme ein und verunsichern die Kinder, Lehrpersonen und Eltern.

<http://www.bielertagblatt.ch/nachrichten/biel/die-sekuebertritte-nicht-verpolitisieren>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kantonsrat St.Gallen 51.14.58

Interpellation CVP-EVP-Fraktion vom 25. November 2014

Fremdsprachen sind wichtig

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Januar 2015

Die CVP-EVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 25. November 2014 im Zusammenhang mit der Grundsatzdebatte zum Fremdsprachenkonzept auf der Primarstufe und der bevorstehenden Einführung des Lehrplans 21 für die Volksschule nach dem Stand der Umsetzung des Fremdsprachenkonzepts sowie nach möglichen Anpassungen in Bezug auf die Weiterbildung der Lehrpersonen, die Beurteilung in den Fremdsprachen und die Einführung von Wahlpflichtfächern auf der Primarstufe.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Seit dem Schuljahr 2008/09 werden im Kanton St.Gallen in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet. Auf der Grundlage der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (sGS 211.41; abgekürzt HarmoS-Konkordat), welcher der Kanton St.Gallen mit Abstimmung der Stimmbürgerinnen und -bürger beigetreten ist und die unter anderem auch die unter den Kantonen ausgehandelte Sprachenstrategie (Strategie, wann welche Sprachen unterrichtet werden) verankert, wird im Kanton St.Gallen Englisch ab der dritten Klasse und Französisch ab der fünften Klasse unterrichtet. Schon vor der Umsetzung der Fremdsprachenstrategie hatten sich Stimmen gemeldet, die eine mögliche Überforderung der Lernenden durch zwei Fremdsprachen befürchteten. Der Erziehungsrat hat bereits im Jahr 2010 die Bedenken aufgenommen und das Amt für Volksschule eingeladen, verschiedene Massnahmen zu prüfen, welche die Umsetzung der Sprachenstrategie begleiten sollen. Zu den Massnahmen des Kantons gehören insbesondere Handreichungen zum Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen.

Die Regierung vertritt – wie wiederholt dargestellt – die Auffassung, dass das HarmoS-Konkordat und mit ihm die Sprachenstrategie auch in Zukunft vollzogen werden sollen. Der Erziehungsrat klärt als Ergänzung zu den bereits umgesetzten Massnahmen aktuell Wege für eine noch bessere Unterstützung des Französischunterrichts in der Primarschule ab. Dabei steht eine intensive Weiterbildung der Lehrpersonen in Bezug auf die unerlässlich anzuwendende zeitgemässe Methodik und Didaktik im Vordergrund. Ziel ist es, eine hohe Qualität und breite Akzeptanz des Französischunterrichts sowie letztlich des Fremdsprachenunterrichts allgemein sicherzustellen. Die Regierung hat bereits in ihrer Antwort vom 20. April 2010 auf die Interpellation 51.10.23 «Englisch und Französisch auf der Primarstufe – wie weiter?» zum Thema Dispensation Stellung genommen. Im Antrag der Regierung zur Motion 42.11.17 «Dispensationsmöglichkeit auch auf der Primarschulstufe» vom 27. April 2011 hat sie dargelegt, dass die Schulen bereits heute über eine breite Palette von Möglichkeiten verfügen, um bei den einzelnen Kindern der Überforderung respektive dem Verlust der Lernmotivation entgegenzuwirken. Diese Palette soll weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang wurden auch die Pädagogischen Kommissionen des Erziehungsrates zur Thematik der Beurteilung und Promotion in den Fremdsprachen befragt.

Die Regierung verabschiedete am 12. August 2014 den Bericht 40.14.04 «Perspektiven der Volksschule 2014» zuhanden des Kantonsrats. Der Bericht gibt einen Überblick über die laufenden Geschäfte und Vorhaben im Bereich der Volksschule, zeigt deren Vernetzung auf und gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung. Dazu gehört auch eine Berichterstattung zur aktuellen Situation und zu den Entwicklungsperspektiven des Fremdsprachenunterrichts, namentlich in der Primarschule.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Den Lehrpersonen wird bei der Einführung des neuen Französisch-Lehrmittels «dis donc!» für die 5. bis 9. Klasse eine intensive Weiterbildung angeboten werden, in der die verschiedenen Vorkenntnisse berücksichtigt werden. Die Weiterbildung wird gestaffelt und auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Einerseits wird im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 die Kompetenzorientierung anhand dieses neuen Lehrmittels in Workshops exemplarisch erklärt, andererseits wird in Ateliers vertieft auf dieses Lehrmittel und vor allem die Mehrsprachendidaktik eingegangen. Gerade Lehrpersonen, die auf der Mittelstufe ausschliesslich Französisch unterrichten, sollen schwerpunktmässig im Bereich der Didaktik weitergebildet werden. Im Vordergrund steht dabei die



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Stärkung der mündlichen Kompetenzen. Das Weiterbildungskonzept sieht vor, die Weiterbildung von Lehrpersonen (Pflichtbereich), die Französisch erteilen, wie folgt zu organisieren: Für Lehrpersonen, die bereits die Englisch-Nachqualifikation absolviert und somit in der allgemeinen Fremdsprachendidaktik ausgebildet sind, ist ausschliesslich eine Weiterbildung zum neuen Lehrmittel geplant. Für Lehrpersonen, welche die Englisch-Nachqualifikation noch nicht absolviert haben, ist nebst der Einführung ins Lehrmittel ein genereller Weiterbildungsblock zur Fremdsprachendidaktik vorgesehen. Damit kann eine bei der Aus-/Weiterbildung der Lehrpersonen zum Teil noch bestehende Lücke geschlossen werden.

2. Die beiden Fremdsprachen Englisch und Französisch haben derzeit je zu einem Zwölftel Anteil an der Promotionssumme. Die Sprachnote, die ein Drittel ausmacht, besteht aus 50 Prozent Deutsch, 25 Prozent Französisch und 25 Prozent Englisch. Die Promotionssumme ist mit dem aktuellen Promotions- und Übertrittsreglement nicht die alleine ausschlaggebende Messlatte, die über Promotion, Nicht-Promotion oder provisorische Promotion entscheidet. Vielmehr ist die Gesamteinschätzung der Schülerin oder des Schülers durch die Lehrperson massgeblich zu berücksichtigen. Mit den Pädagogischen Kommissionen wurde erörtert, ob eine rasche Anpassung des Promotions- und Übertrittsreglements im Sinn des Verzichts auf die Promotionswirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts sinnvoll ist. Dies wurde abgelehnt – unter anderem aufgrund der Befürchtung, dass in der Folge die Fremdsprachen mit weniger Ernsthaftigkeit unterrichtet bzw. gelernt würden. Von einem Ausschluss der Promotionswirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts in der Primarschule soll abgesehen werden.

Die Beurteilung / Promotion im Fremdsprachenunterricht führt dann zu Schwierigkeiten, wenn Methodik und Didaktik nicht zeitgemäss sind. Dies ist leider noch verbreitet im Französischunterricht in der Primarschule der Fall. Die Französisch unterrichtenden Primarlehrpersonen wurden im Jahr 2008 zu wenig gründlich auf die Promotionswirksamkeit dieser Fremdsprache vorbereitet. Die Einführung des neuen Lehrplans sowie die Einführung des neuen Französisch-Lehrmittels «dis donc!» per Schuljahr 2017/18 machen es möglich und nötig, damalige Defizite zu überwinden und die Lehrpersonen entsprechend weiterzubilden.

Mit Blick auf das neue Beurteilungskonzept der Volksschule ist das Promotions- und Übertrittsreglement Gegenstand einer generellen Überprüfung. Diese Überprüfung betrifft indessen nicht einzelne, sondern grundsätzlich die Gesamtheit der Fächer.

3. Die Regierung steht der Einführung von Wahlpflichtfächern in der Primarschule skeptisch gegenüber. Solche würden einen organisatorischen und finanziellen Mehraufwand sowohl auf der Mittelstufe als vor allem auch auf der Oberstufe bedeuten. Es wäre sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler die obligatorische Schulzeit nicht mit ungleichen Chancen für die nachobligatorische Laufbahn verlassen, die ihre Wurzeln in der Primarschule haben und entsprechend gravierend sind. Zu diesem Zweck müssten auf der Oberstufe in Fächern, für die in der Primarschule eine Wahlpflicht statuiert worden ist, zwei Kurse geführt werden, je einer für Anfängerinnen und Anfänger sowie für Fortgeschrittene. Dies würde bei den Ressourcen (parallel unterrichtende Lehrpersonen) und stundenplantechnisch (separate Unterrichtsgefässe) zu Herausforderungen und Mehrkosten führen. In Schwierigkeiten würden insbesondere kleinere Oberstufen geraten.

Ein pädagogisch und aufwandmässig verantwortbares Wahlfachsystem setzt auf der Oberstufe an. Ein solches System ist im Kanton St.Gallen verwirklicht. Französisch ab 2. Realklasse und Englisch ab der 3. Realklasse haben derzeit den Status «Wahlfach mit Durchführungspflicht», sodass unabhängig von der Zahl der Anmeldungen alle Schülerinnen und Schüler der Realschule bis am Ende ihrer Volksschulzeit sowohl Englisch als auch Französisch belegen können.

Für den Erwerb einer zweiten oder dritten Sprache ist es im Übrigen sehr wichtig, die Erstsprache gut zu beherrschen. Kinder mit nicht deutscher Muttersprache sollen deshalb während ihrer Schulzeit auch ihre Kompetenzen in den Herkunftssprachen erweitern. Dies kann über verschiedene Massnahmen erreicht werden, die idealerweise bereits im Vorschulalter ansetzen. Für den Schulbereich gilt es, auf Angebote im HSK-Unterricht (Heimatliche Sprache und Kultur) aufmerksam zu machen sowie den Sprachen und Kulturen der Schülerinnen und Schülern wertschätzend zu begegnen.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

<https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaeftssuche.geschaeftdetail.html?geschaeftid=A29C0FD4-1843-41D8-8441-4C8F7AAE7265&ziel=1>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Bz Basel; 6.2.15 «**Die Lehrer haben bei der Umsetzung gesehen, dass es da und dort hapert**»
Der LVB-Präsident und Sekundarlehrer Roger von Wartburg ärgert sich über die voreilige Umsetzung von Reformen und erwartet vom neuen Bildungsdirektor mehr Ruhe.

Roger von Wartburg ist Präsident des Lehrervereins Baselland (LVB) und sieht den Wahlen vom 8. Februar gespannt entgegen. Für ihn ist klar: In der Baselbieter Bildungsdirektion, die am 1. Juli neu besetzt wird, muss sich einiges ändern. Der oberste Baselbieter Lehrer übt Kritik am abtretenden SP-Bildungsdirektor Urs Wüthrich. Bei vielen Entscheiden seien die Lehrer aus den Amtsstuben vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Ob der neue Bildungsdirektor oder die neue Bildungsdirektorin bürgerlich oder sozialdemokratisch ist, sei indes sekundär. Wichtig sei, dass die Bildungspolitik künftig weniger «top-down» erfolge, also weniger von oben nach unten.

Herr von Wartburg, wen sollen die Baselbieter Lehrer am 8. Februar in die Regierung wählen?

Roger von Wartburg: In parteipolitischen Fragen gibt der Lehrerverein explizit keine Wahlempfehlung ab, wir sind als Verband eine neutrale Institution. Wir versuchen, den Kandidaten Aussagen zu entlocken, die wir dann unseren Mitgliedern transparent machen. Diese können sich dann selbst ein Bild machen.

Anders formuliert: Welche Eigenschaften muss der neue Baselbieter Bildungsdirektor mitbringen?

Zunächst muss er Ruhe einkehren lassen, nachdem in den letzten Jahren zu viele Reformen parallel vorangetrieben wurden. Jetzt braucht es eine Phase der Konsolidierung. Die Integrative Schulung oder die Frühfremdsprachen, die Umstellung auf sechs Primarschuljahre und der neue Lehrplan: Das ist alles für sich mit grossem Aufwand für uns Lehrer verbunden.

Mit Verlaub: Das klingt genau wie die FDP-Kandidatin Monica Gschwind, die für einen Marschhalt bei der Einführung des Lehrplans 21 plädiert. Ist dies nicht ein Votum für einen konservativen, bürgerlichen Regierungsrat?

Ich glaube nicht, dass dies es eine Frage von konservativ oder progressiv ist. Für mich ist es eine Frage nach der Qualität und dem Mehrwert der Projekte, die aufgegleist werden. Beim Lehrplan 21 stellt sich nicht nur die Frage: Wann wird er eingeführt? Die Frage stellt sich auch nach dem Wie. Wir müssen den Lehrplan 21 pragmatisch umsetzen und Bewährtes beibehalten. In unserem Kanton aber herrscht oft eine – ich nenne es jetzt mal so – «Neomanie». Alles, was neu ist, ist prinzipiell besser als das Bewährte.

Urs Wüthrich hat einen Grossteil des Lehrer-Berufsstands gegen sich aufgebracht. Aus welchen Fehlern kann der Nachfolger lernen?

Den Lehrern hat dieses Mantra, man sei bei allen Reformen bestens auf Kurs, sauer aufgestossen. Denn sie haben ja bei der Umsetzung gesehen, dass dies da und dort hapert. Wir Lehrer müssen künftig besser an den Umsetzungen dieser Reformen beteiligt werden, denn die Ergebnisse können wir doch von den Schulzimmern aus besser beurteilen als die vom Schreibtisch in der Verwaltung. Und es gab auch immer wieder Kommunikationsmängel.

Nennen Sie ein Beispiel.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Mir fallen da die Broschüren zur Wassersicherheit bei Schulausflügen ein. Plötzlich flatterte diese Broschüre in die Schulen, ohne dass wir vorab informiert gewesen waren. Die Verunsicherung war gross, wir haben die neuen Regeln einem Jurist zur Abklärung gegeben. Der hat uns gewarnt: Sollten sich Lehrer nicht an die Auflagen halten, «hängen» sie. Als wir danach bei der Bildungsdirektion nachfragten, wiegelte man ab: Das sei nur eine Empfehlung. Das ist eines von vielen Mustern für die problematische Kommunikation der Bildungsdirektion in den vergangenen Jahren.

Offenbar krankt das Verhältnis aber auch an ideellen Unterschieden.

Es stimmt, dass wir gewissen Projekten kritisch gegenüber stehen, welche bei der Bildungsdirektion hoch im Kurs stehen. Nehmen wir das selbst organisierte, individualisierende Lernen, etwa die Lernlandschaften. Das wird momentan sehr einseitig gepusht, obwohl längst nicht alle Lehrer, Erziehungswissenschaftler und Kinderpsychologen davon überzeugt sind. So wird daran gezweifelt, dass beispielsweise Neunjährige ihr eigenes Lernen selber managen und über zehn Tage einteilen können. Hier stellt sich auch die Frage, wie weit die teilautonom geleiteten Schulen selber über neuartige Schulversuche entscheiden können, wenn es mehr sein soll als nur ein Schulversuch. Solche abweichenden Modelle gibt es ja bis anhin vor allem an Privatschulen. Für eine Privatschule entscheiden sich Eltern aber bewusst. Wenn aber die Privatschule von gestern die öffentliche Schule von morgen ist, muss vorher eine politische Diskussion stattfinden.

Es steht ja noch eine Initiative zum Ausstieg aus dem Bildungskonkordat Harnos vom Komitee Starke Schule Baselland im Raum. Stehen Sie hinter dieser Initiative?

Der Harnos-Austritt steht in meinen Augen nicht im Vordergrund. Harnos ist aber kein Freipass für einen umfassenden Schulumbau. Man muss trennen zwischen Notwendigem und Übertriebenem. Wenn es zur Abstimmung über einen Harnos-Austritt des Kantons Baselland kommt, dann werden wir die Lehrer sicher wieder befragen. Bei der letzten Umfrage vor einem Jahr stellten sich 80 Prozent hinter einen Harnos-Austritt – was sicher weniger mit der inhaltlichen Harmonisierung als mit der Art und Weise der Umsetzung zu tun hatte.

Es ist unlängst publik geworden, dass die Baselbieter Lehrer zu den unzufriedensten in der Schweiz gehören. Wo drückt der Schuh? Der Kanton Baselland ist ja nicht der einzige Kanton, in dem reformiert wird.

Zum einen hängt es damit zusammen, dass die Baselbieter Lehrer vor der Bildungsharmonisierung mit dem System zu grossen Teilen zufrieden waren und keine Reformen herbeisehnten. Dies vielleicht im Gegensatz zu Basel-Stadt, wo alle froh waren, dass sie zu einem neuen Bildungssystem übergehen konnten. Zum anderen hat man in den letzten Jahren unter dem Label Harnos noch andere Reformen lanciert, die auf die Methodenfreiheit der Lehrer abzielen. Das erlebe ich in anderen Kantonen als weniger ausgeprägt. Im Baselbiet kommen diese Bestrebungen auch immer zu ideologisiert daher, so im Sinn von: «Schaut her, wir präsentieren euch jetzt den Heiligen Gral des Unterrichtens.» Mehr Pragmatismus und Pluralismus ist angebracht. Immerhin, das muss ich auch einräumen: In den letzten Wochen gab es positive Signale aus der Bildungsdirektion, den LVB künftig besser und früher einbinden zu wollen.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Gerade was die Aus- und Weiterbildungen in den Sekundarschulen angeht, haben sich die Lehrer in jüngster Vergangenheit oft quergestellt. Muss man Ihnen da nicht auch etwas Behändigkeit vorwerfen?

Ich mache jetzt mal ein Beispiel: Mir als Fremdsprachenlehrer an der Sekundarschule ist eine Weiterbildung verordnet. Diese Weiterbildung nennt sich «Didaktik der Mehrsprachigkeit». Was ich bisher darüber gelesen habe, war entweder nichts Neues oder dann inhaltlich fragwürdig. Ich empfinde das als etwas seltsam. Schliesslich haben wir Fremdsprachenlehrer unsere Fächer studiert, inklusive Fachdidaktik und Auslandsaufenthalt. Viel nötiger wäre eine umfangreiche Ausbildung in meinen Augen für diejenigen, die neue Sammelfächer unterrichten sollen. Ein Geschichtslehrer beispielsweise, der zukünftig auch Geografie unterrichtet. Bei den fachlichen Ausbildungen aber war die Bildungsdirektion immer viel zurückhaltender. Man versteift sich auf das Methodische – aber zuerst müssen die Lehrer als Grundlage doch fachlich gut ausgebildet sein. Wir haben beispielsweise bis heute keine Zahlen bekommen, wie viele Baselbieter Sekundarlehrer ohne adäquate Ausbildung unterrichten.

Wenn Sie sich schon nicht aus der Reserve locken lassen, geben Sie zum Schluss noch einen kleinen Tipp ab: Wen wollen die Lehrer ab dem nächsten Sommer mehrheitlich in der Bildungsdirektion?

Es stehen sich wohl zwei Überlegungen gegenüber: Welche Kandidaten versprechen die angesprochene Entschleunigung im Bildungswesen? Und welche Kandidaten könnten die Bildung zum grossen Sparobjekt erklären? Das macht die Prognose auch so schwierig.

<http://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/die-lehrer-haben-bei-der-umsetzung-gesehen-dass-es-da-und-dort-hapert-128799860>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Blick 06.02.15: Teure Erziehungsdirektion Kanton Bern verpulvert 700 Millionen



Bernhard Pulver ortet trotzdem Nachholbedarf bei den Lehrerlöhnen. BERN - Die Bildungsausgaben in Bernhard Pulvers Erziehungsdirektion sind innert zehn Jahren um 28 % angestiegen. Wurde die Berner Schule auch wirklich besser?

Heute vor zwei Wochen stellte Regierungsrat Bernhard Pulver (49) die kantonale Bildungsstrategie 2016 vor. Vor den Medien nannte der Grünen-Politiker als ein Ziel: «Mittel- bis langfristig kann der Kanton im Bildungswesen wieder konkurrenzfähige Löhne bezahlen.» Was im Umkehrschluss bedeutet: Momentan ist dies für Pulver nicht der Fall.

Umso stutziger macht, was FDP-Grossrat Philippe Müller (51) vorrechnet. Er vergleicht den Kantonshaushalt von 2002 mit jenem von 2012 und sagt: «Die Ausgaben für Bildung sind innert dieser zehn Jahre um knapp 700 Millionen Franken angestiegen.» Aus 2,35 Milliarden wurden in der Erziehungsdirektion über drei Milliarden Franken, wie sich in den Abschlüssen nachblättern lässt. Eine Steigerung um satte 28 Prozent.

Fast jeder zweite Maturand in Mathematik ungenügend

«Weit überdurchschnittlich» im Vergleich mit anderen Direktionen, findet Müller. «Wo ist dieses Geld hin?» Klar scheint: wohl kaum in die Lehrerlöhne. «Schon eher liegt der Schluss nahe, dass hier die Verwaltung aufgeblasen wurde», mutmasst Müller und fragt - rhetorisch: «Oder ist die Berner Schule in den letzten Jahren so viel besser geworden?»

Gerade diese Woche sagte der Präsident der kantonalen Maturitätskommission, Jürg Schmid, im «Bund»: Fast jeder zweite Berner Maturand ist in Mathematik ungenügend. «Von einer Math-Misere zu sprechen, ist wohl nicht übertrieben», wird Schmid zitiert.

Seit 2012 haben die Ausgaben in der Erziehungsdirektion wieder abgenommen - eine Folge der kantonalen Sparpakete. Doch FDP-Politiker Müller verlangt nun per Interpellation eine Statistik über die Jahre 2002 bis 2012: Wo genau sind die Kosten am meisten gestiegen? Und wie haben sich die Ergebnisse der Schüler in der gleichen Zeit entwickelt?

<http://www.blick.ch/news/schweiz/bern/teure-erziehungsdirektion-kanton-bern-verpulvert-700-millionen-id3463096.html>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

OBERSEE NACHRICHTEN, 5. Februar 2015

KANTON ST. GALLEN: WIDERSTAND GEGEN DEN LEHRPLAN 21

«Die Bürger müssen doch mitreden können»

Gegen den Lehrplan 21 regt sich auch im Kanton St. Gallen Widerstand. Josef Zahner aus Kaltbrunn ist Vorstandsmitglied im Verein Starke Volksschule St. Gallen. Noch können aber gegen den Lehrplan keine Unterschriften gesammelt werden. In den ON erklärt er warum.

Auf beiden Seiten des Obersees formiert sich der Widerstand gegen den neuen Lehrplan 21. Der Umfang des Riesenwerks LP21 wurde zwar bereits einmal reduziert – diese Kosmetik reicht den Gegnern aber nicht. Sie bemängeln, dass ein fundierter, strukturierter und zielorientierter Fachunterricht zur Bedeutungslosigkeit verkommt. Lehrpersonen müssten nach dieser Unterrichtsmethode fachlich nicht mehr viel können, lediglich anleiten und «coachen». Lernlandschaften, Altersdurchmischung, Auflösung der Leistungsniveaus, Kompetenzen und selbst gesteuertes Lernen sollen eingeführt werden.

Im Kanton Schwyz wurden bereits genug Unterschriften für eine Initiative gesammelt, damit die Stimmbürger über den neuen Lehrplan abstimmen können. Die Prüfung dieser Unterschriften ist inzwischen abgeschlossen und die Schweizer Regierung muss innerhalb der nächsten 18 Monate dem Kantonsrat einen Antrag unterbreiten.

Initiative für einen Austritt

Dieses direktdemokratische Vorgehen ist im Kanton St. Gallen nicht möglich: «Im Gegensatz zu Schwyz ist unser Kanton dem HarmoS-Konkordat beigetreten – deshalb müssen Reformen wie der neue Lehrplan automatisch übernommen werden», sagt Josef Zahner. Darum könne gegen den Lehrplan auch keine Initiative lanciert werden. Mit dem Lehrplan 21 werde die Bildung einen massiven Qualitätsver-



Setzt sich überzeugt gegen der Lehrplan 21 ein und sammelt ab dem 18. Februar auch in Rapperswil-Jona Unterschriften: Sepp Zahner vom Verein Starke Volksschule St. Gallen.

Foto: Philipp Fanchini

lust erliden. «Wollen wir das verhindern, müssen wir das HarmoS-Zwangs-Konkordat kündigen.»

Für dieses Anliegen sammelt der Verein Starke Volksschule St. Gallen seit Kurzem Unterschriften. «Die Bürger müssen bei solch grundlegenden Entscheidungen ihre Meinung äussern können, sonst stimmt etwas nicht», sagt Zahner. Insgesamt 4000 Unterschriften sind nötig bis Mitte März, um die Verfassungs-Initiative gegen das HarmoS-Konkordat zustandezubringen. «Wir sind auf guten Wegen», sagt Zahner.

Auch in Rapperswil-Jona

Auch in der Stadt Rapperswil-Jona werden Unterschriften gesammelt: In den nächsten Wochen werden ver-

schiedene Personen in der Stadt unterwegs sein. «Es haben sich einige bei mir gemeldet und helfen freiwillig beim Sammeln der Unterschriften», sagt Zahner mit einem Lächeln im Gesicht.

Dieses verschwindet aber rasch, als er nach dem weiteren Vorgehen gefragt wird: «Ich habe schon bei einigen Initiativen mitgewirkt und rechne damit, dass wir einige Jahre brauchen, um den Lehrplan zu verhindern.»

Zahner selbst ist eigentlich kein typischer Gegner des Lehrplans 21. Er hat keine Kinder und hat auch sonst in keiner Weise mit dem Bildungssystem zu tun. Dennoch sagt er: «Wenn ich sehe, wie immer mehr Kinder überfordert und therapiert werden, beunruhigt mich das. Immer mehr junge Erwach-

sene können nicht mehr richtig Rechnen und Deutsch, und es gibt immer mehr Jugendliche, die scheitern. Das ist tragisch und gefährlich für unser Land. Dieses Szenario hat seit einigen Jahren massiv zugenommen, darum ist es heilsam, HarmoS zu kündigen und eine Grundsatzdiskussion über die Schule zu führen.»

Zahner meint, dass eine gute Schulbildung ein Grundstein für eine erfolgreiche Existenz ist, dafür steht der Verein Starke Volksschule St. Gallen ein. «Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft, deshalb geht das Thema uns alle etwas an.»

Philipp Fanchini

Infos und Argumente im Detail:
www.starke-schule-sg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 7. Februar 2015, Regierung lehnt späteren Schulstart ab

Die Beobachtungen des Interpellanten träfen zwar zu. Und seine Argumentation sei nicht von der Hand zu weisen. Dennoch will die St. Galler Regierung von einem späteren Unterrichtsbeginn am Morgen nichts wissen. Das lasse sich nicht umsetzen.

ST. GALLEN. Richard Ammann steht seit 32 Jahren als Lehrer im Klassenzimmer. Etwas stört ihn seit Beginn seiner Lehrertätigkeit – der «Frühstart». Im Kanton St. Gallen beginnt der Unterricht an zahlreichen Schulen, vor allem in der Oberstufe, um 7.30 Uhr oder früher. «Das ist nicht jugendgerecht», sagt Ammann. Ihr Biorhythmus ticke anders. «Jugendliche befinden sich am frühen Morgen im Tiefschlaf, aus dem sie regelmässig herausgerissen werden.» Viele Jugendliche seien daher in der ersten Unterrichtsstunde müde, unkonzentriert, unmotiviert – nicht (nur) aufgrund ihres ausschweifenden nächtlichen Partylebens. Ammann plädiert deshalb für einen späteren Schulbeginn – kantonsweit um acht Uhr.

Der BDP-Kantonsrat hat zu seinem Anliegen einen politischen Vorstoss eingereicht (Ausgaben vom 9. und 13. Dezember). Nun liegt die Antwort der Regierung vor. Und diese macht klar: Ammanns Idee hat einen schweren Stand – und das, obwohl die Regierung in der Sache mit ihm einig geht.

Was alles hilft

So schreibt die Regierung: «Die physiologische Entwicklung vieler Jugendlicher steht in einem gewissen Widerspruch zum frühen Schulbeginn.» Doch nicht nur diese – und damit beginnt bereits das regierungsrätliche Aber – beeinflusse Motivation, Konzentrations- und Leistungsfähigkeit. Die Regierung schlüpft in die Rolle des «guten Erziehers» und listet weitere Faktoren für «einen gesunden, erholsamen Schlaf» auf: Nötig wären auch Verzicht auf Koffein, Alkohol, Nikotin, wenig Licht und Lärm im Schlafzimmer, regelmässiger Schlaf-/Wachrhythmus. «Es ist Wunschdenken der Regierung, dass das Elternhaus dieses Problem lösen kann», sagt Ammann. Und dann fügt der Vater dreier erwachsener Töchter an: «Eltern können das Einschlafen von Teenagern um neun Uhr abends nicht erzwingen.»

Nur mit Tagesstruktur möglich

Doch die Regierung führt auch ganz handfeste Gründe an, die gegen einen späteren Schulbeginn um acht Uhr sprächen. So müssten die Unterrichtslektionen «rigoros» gekürzt werden, und dafür lasse die Lektionentafel des Lehrplans «keinen Raum». Oder es müssten obligatorische Tagesstrukturen mit Mittagstisch und verkürzter Mittagspause eingeführt werden. Die Regierung hat grösste Zweifel – an beiden angetönten Wegen. Sie hält denn auch fest: «Beides ist bildungs-, gesellschafts- und finanzpolitisch keine Option.»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Und was hat es mit der Lösung von Basel-Stadt auf sich, die Ammann als beispielhaft erwähnt? Dort startet der Unterricht an den Sekundarschulen auch erst um acht Uhr. Die neue Schulstruktur in Basel-Stadt sei mit verpflichtenden Mittagstischen verknüpft, hält die Regierung fest. Und sie ist überzeugt: «Im Kanton St. Gallen fände eine obligatorische Ganztageschule keine Akzeptanz.» So sei bereits heute die Nachfrage nach freiwilligen Mittagstischen «sehr gering»; Umfragen sprechen von sechs Prozent.

Zumindest abfedern

Er sei enttäuscht, dass die Regierung – «im Bewusstsein des Problems» – inaktiv bleiben wolle, sagt Ammann in einer ersten Reaktion. Er ist überzeugt: Das Problem könnte «mit einigermaßen gutem Willen» zumindest abgefedert werden, so dass die Mehrheit der Jugendlichen zwei- bis dreimal pro Woche morgens später zur Schule müsste. Voraussetzung dafür sei wohl, dass den Schulträgern verbindliche Weisungen und Richtlinien zur Gestaltung des Stundenplans vorgegeben würden – «da erwarte ich mehr Leadership des Bildungsdepartements», sagt der Kantonsrat.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Regierung-lehnt-spaeteren-Schulstart-ab;art122380,4120991>